

Eine alberne Entwicklung

Frankfurt: „Feste Plätze für E-Roller“, FR-Regional vom 7. Januar

Diese „Dinger“ dürfen nur auf Fahrstraßen in bestimmten sinnvollen Abständen abgestellt werden. Außerdem darf mit ihnen nur auf Fahrstraßen und Fahrradstreifen gefahren werden. Saftige Strafen und strikte Kontrollen sind unbedingt notwendig, damit sich eine Unsitte nicht - so wie auf den Fahrradparkplätzen, die gefährlich als Kurzparkplätze benutzt werden - einbürgert. Dieses Ordnungssystem müsste für die Roller schnellstens installiert werden. Die Abstellplätze gehen natürlich zu Lasten von Pkw-Stellplätzen im Straßenraum.

Unbegreiflich, warum die Stadt Frankfurt noch nicht in diesem Sinne reagiert hat. Hier ist Gestaltung für eine gesamte Stadt gefragt. Über Computerisierung wäre diese etwas alberne Entwicklung in den Griff zu bekommen. Das gilt auch für die Leihfahrräder. Sie schneiden besser im Abwägen über sinnvolle, alternative Verkehrsmobilität ab als die Kinderroller. Für die Beordnung dieser neuen Verkehrsmobilität müssen die Anbieter in die Pflicht genommen werden, wenn dies ein akzeptabler Beitrag zur Reduzierung des Autoverkehrs in Innenstädten sein soll. Nicht nur das Gewinnemachen der Anbieter kann im Vordergrund stehen. Arbeit, die zum Betrieb und zur Betreuung geleistet wird, sollte den Tarifbestimmungen Rechnung tragen und darf nicht auf den Billiglohnsektor abgeschoben werden.

Also auf, Stadt Frankfurt, mach's zum echten Thema der Verkehrsberuhigung in Städten!
Oskar Voigt, Frankfurt

Beitrag zur Würdigung

Zu: „Ehre für Lilo Günzler“, FR Frankfurt Rhein-Main vom 6.1.

Wie erfreulich, dass die 2020 verstorbene Lilo Günzler jetzt geehrt wurde, indem eine Straße in Frankfurt-Schwanheim nach ihr benannt wurde. Erfreulich ist auch, dass der Vorschlag von Schwanheimer Bürger/innen gemacht, vom Ortsbeirat fraktionsübergreifend unterstützt und dann von der Stadt schnell umgesetzt wurde. Unvergessen bleibt denen, die sie als Zeitzeugin in Schulklassen erleben durften, ihre Schilderung der Verfolgung durch die Nationalsozialisten, der Deportation ihrer Mutter und ihres Bruders nach Theresienstadt und wie sie selbst und ihre Familie nur mit Glück die Verfolgung überlebt haben.

Gut, dass die Frankfurter Rundschau über die Ehrung Lilo Günzlers berichtet und so zu ihrer Würdigung beiträgt. Eine Ergänzung wert ist der Hinweis auf ihre Biografie: „Endlich reden“, die sie in Zusammenarbeit mit Agnes Rummel leit geschrieben hat.
Ursula Bös, Frankfurt



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden zusätzlich auch online veröffentlicht - im FR-Blog, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20210125

Übersicht über die Themen: frblog.de/aktuell

Für wen gibt es diese Stelle überhaupt?

Zu: „Vertriebenenbeauftragte steigt auf“ und „CDU weist ‚Vetternwirtschaft‘ zurück“, FR. Regional vom 11. und 14. Januar

Veruntreuung von Steuergeldern

Was ist das denn sonst als Vetternwirtschaft? Vielleicht gefällt Herrn Bellino „Günstlingswirtschaft“ ja besser, am Sachverhalt ändert das nichts. Frau Ziegler-Raschdorf ist nach meinen Nachforschungen nur für Vertriebene zuständig, also für die Bevölkerungsgruppe, die z.B., so wie meine Mutter, 1946 aus der damaligen Tschechoslowakei vertrieben wurden. Diese riesige Menge an Mitbürgerinnen und Mitbürgern muss natürlich betreut werden. Leider weiß meine Mutter mit ihren 92 Lebensjahren nichts von der ihr zustehenden Betreuung als Heimatvertriebene und auch nichts von Frau Ziegler-Raschdorf.

Ein Schulleiter in Hessen, zuständig an einer großen Schule für etwa 150 LehrerInnen als ihr Dienstvorgesetzter, wird nach der Besoldungsstufe A16 bezahlt, zwei Besoldungsstufen und rund tausend Euro weniger im Monat. Dieses „Arbeitsverhältnis“ mit drei bis vier Mitarbeitern ist im Grunde eine Veruntreuung von Steuergeldern.

Herbert G. Just, Wiesbaden

So verliert man Vertrauen in Staat und Politik

Wir alle haben Probleme infolge der Coronapandemie, und es wird im hessischen Innenministerium eine ehrenamtliche Stelle als Vertriebenenbeauftragte mit 1000 Euro im Monat zu einer Vollzeitstelle mit 7600 Euro hochgejazzt. Diese Funktion nimmt eine ehemalige 69jährige Landtagsabgeordnete wahr, die bereits Pension und Rente bezieht. Zusätzlich ist diese Stabsstelle mit einem Büroleiter und vier Mitarbeiter/Innen ausgestattet. Unglaublich!

Die schwarz-grüne Koalition hatte bereits im Coronajahr 2020

zwei ehrenamtliche Stellen zu zwei hauptamtlichen Stellen umgewidmet mit entsprechender Vergütung, obwohl die Steuereinnahmen weniger werden. Die SPD-Opposition, namentlich Günter Rudolf, meinte, Herr Beuth (CDU) wird immer mehr zum Vetternminister. Allerdings hat auch der SPD-Oberbürgermeister in Frankfurt verschiedene Probleme (AVO-Skandal, Berlin-Vertretung ...).

So verliert man das Vertrauen in den Staat und die handelnden Politiker. Unsere Demokratie wird infolgedessen beschädigt. Es wäre eine positive Nachricht gewesen, wenn z.B. das Innenministerium seine IT-Projekte zurückstellt und mit seinen IT-Fachleuten das Kultusministerium im Bereich Schulen unterstützen würde. Damit könnte den Schülern, Eltern und Lehrern/Innen geholfen werden.

Herbert Müller, Dietzenbach

Wie viele Vertriebene gibt es überhaupt noch?

Ich bin Heimatvertriebene, 81 Jahre alt. Sehr gut erinnere ich mich an die Vertreibung aus dem Sudetenland im August 1946. Sie fand relativ human statt: Ab in den Viehwaggon und - Gott sei Dank - nach Westdeutschland, wo wir nicht gerade mit offenen Armen empfangen wurden. Der heutige Slogan „Wir schaffen das“ war wohl mehr Motivation der Vertriebenen als der Aufnehmenden, denn sie mussten im wahrsten Sinne des Wortes „teilen“, und zwar Raum in Haus oder Wohnung. Andere Vertreibung fand wesentlich brutaler statt.

Unsere fünfköpfige Familie fand Aufnahme in einem Taunusdorf, wo wir fast sechs Jahre in einem Raum auf der Galerie der örtlichen Turnhalle, die mit Brettern zum Turnsaal hin abge-

grenzt wurde, sehr eingeschränkt lebten. Dann konnten wir in eine Sozialwohnung in Wiesbaden umziehen. Meine Eltern haben anfangs wohl noch gehofft, irgendwann wieder „heimgehen“ zu können. Sie sind zum Sudetendeutschen-Tag oder dem Treffen der Egerländer gefahren. In all den Jahren seit unserer Ankunft in Hessen habe ich niemals, weder von meinen Eltern noch sonstwem, von einem/er Vertriebenenbeauftragten gehört, der/die auf irgendeine Weise geholfen hätte.

Frau Ziegler-Raschdorf besetzt diese Position seit 2011 ehrenamtlich für eine monatliche Aufwandsentschädigung von 1000 Euro. Lobenswert! Warum wurde daraus nun eine hauptamtliche Stelle mit derart hohem Gehalt? Warum hat man diese Stelle, wenn sie hauptamtlich ausgeführt werden muss, nicht ausgeschrieben? Wie viele echte Heimatvertriebene gibt es noch? Für was oder wen ist Frau Ziegler-Raschdorf überhaupt da? Sind es die „Berufsheimatvertriebenen“, die sich in Verbänden zusammengeschlossen haben, die Heimat nur noch vom Hörensagen oder touristischen Besuchen kennen? In meinem Umfeld ist es üblich, dass sich Menschen nach dem Berufsleben ehrenamtlich engagieren, ohne Vergütung.

Ich frage mich immer noch, was eine Landesbeauftragte für Heimatvertriebene überhaupt macht. Ich bin durchaus der Meinung, dass die Erinnerung an die verlorene Heimat, die Sprache und Kultur erhalten bleiben sollte. Aber das muss in erster Linie in der Familie passieren und kann nicht durch eine Stelle von oben kommen. Ich bin empört über diese „Vetternwirtschaft“ und hoffe, dass sich die Opposition dieser Sache annimmt und die Bevölkerung das so nicht hinnimmt.
Inge Fill, Taunusstein

Geliebte Investoren

Kommunalwahl: „Wohngebiete oder Klimaschutz?“, FR-Regional vom 4.1.

Die SPD setzte nach dem „Frankfurter Landrecht“ die Hochhäuser ins Stadtbild, sozusagen als „Siegerarchitektur“ des Kapitalismus gegen das damals geltende Planungsrecht. Seit 1977 ist die CDU an der Regierung, unterbrochen durch ein Rot-Grün-Intermezzo. Seitdem sind die Grünen im Magistrat und die SPD unberechenbar.

Was hat nun der Magistrat seit 1977 der Stadt hinterlassen? Wie gesagt: die Skyline, die Siegerarchitektur der Investoren und Architekten. „Je mehr das Werk eine Zumutung darstellt, desto besser eignet es sich als Statussymbol, das exklusiv wirkt und Unterschiede markiert“ (Thomas Bauer). Die Vereindeutigung der Welt. Diese Siegerarchitektur ist asozial, wie städtisches Bauen, das überall die Chancen vertut, Stadträume zu schaffen, in denen sich Bürger gerne aufhal-

ten, ausgenommen vielleicht in den Nachempfindungen historischer Stadtteile, die allenfalls Touristen anzieht. Stattdessen wurden die Stadträume mit rechtwinkligen Investorenklötzchen zugebaut.

Aber dazu gehören nicht nur die geliebten Investoren, sondern auch eine Bevölkerung, die es per Wahlverhalten zulässt, dass diese Investorenbunker zunehmen. Weil es aber keinen zeitgemäßen Stil mehr gibt, siehe die Beliebtheit der Architekturen bekannter Architekten, hat die Schönheit als Kriterium wohl ausgedient. Nun, 2016 hatten CDU, FDP Grüne zusammen keine Mehrheit. Es liegt in der Hand der Bürger, ob sich nach dem März diese „Siegerarchitektur“ in Frankfurt weiter ausbreiten kann. Jede Stadt bekommt das Stadtbild, das sie verdient und ihre Bürger zulassen.

Konrad Mohrmann, Frankfurt

Grünflächen ohne Bäume

Zu: „Start für Einhausung der A661“, FR-Regional vom 15. Januar

Der Artikel liest sich so, als ob die Einhausung der A661 bereits in „trockenen Tüchern“ wäre, was mitnichten stimmt. Wir reden bisher nur vom Beginn der Planung eines eventuellen Multimillionenprojektes!

Zweifelloso ist die Wiederherstellung der Verbindung für Fußgänger zwischen Seckbach und Bornheim seit Eröffnung der Autobahn überfällig. Machen wir uns dennoch nichts vor: Die Bepflanzung eines angedachten Betondeckels über der Autobahn kann nur aus Rasen und niedrigem Bewuchs („Architektenpetersilie“) bestehen, richtige Bäume lässt die Statik gar nicht zu.

Das Grün auf dem Deckel kann auch deshalb kein Ersatz für den Altbestand an Freizeitgärten mit ihrer intakten Flora und Fauna sein, welche die Stadt für die geplanten Neubaugebiete „An den Röthen“ und „Katharinencampus“ zubetonieren will. Durch die Gewinne der Umwandlung von

Gartenland in Baugrund sollen die Baukosten des Deckels gegenfinanziert werden. Diese Flächen hinter dem Katharinenkrankenhaus sind seinerzeit nur durch die Irrungen und Wirrungen rund um den Autobahnbau nicht automatisch als Teil des Frankfurter Grüngürtels vor Zerstörung geschützt worden.

Es ist unverfroren, uns heute die neuen sterilen Grünflächen auf der Einhausung als Zugewinn an Grün für Bornheim und Seckbach verkaufen zu wollen. Deshalb müssen wir ab jetzt um so mehr wachsam bleiben! Nicht dass sie zuerst die Freizeitgärten plattwalzen - und am Ende fehlen ihnen immer noch Millionen, um den in Aussicht gestellten Deckel über der Autobahn auch zu bauen. Dann würde ich lieber mit einer breiten Fußgängerbrücke über die Autobahn leben und die Restbestände an Natur in Bornheim erhalten.
Dieter Spornitz, Frankfurt-Bornheim